

Völkerrechtler: Die USA gehören wegen ihrer Sanktionspolitik vor den Internationalen Gerichtshof

26.05.2022 10:40

Lesen Sie das Interview von DWN-Autor Ralf Paulsen mit dem ehemaligen Sekretär der UN-Menschenrechtskommission und weltweit anerkannten Völkerrechtler Alfred de Zayas.

[Ralf Paulsen](#)



Alfred de Zayas. (Foto: R. Paulsen)

Das neue Jahrtausend hat die Menschheit vor neue und große Herausforderungen gestellt: Als die Vereinten Nationen 1945 gegründet wurden, belief sich die Weltbevölkerung auf 2,5 Milliarden Menschen, die sich politisch auf nur zwei Machtblöcke verteilten. 75 Jahre später wird die Erde von rund 7,8 Milliarden Menschen bevölkert, und die vormalige bipolare Weltordnung gehört der Vergangenheit an. Neue Staaten und Kräfte sind zum Konzert der großen Mächte hinzugestoßen, und ein Paradigmenwechsel scheint angesagt.

Alfred de Zayas ist Professor für Völkerrecht an der „Geneva School of Diplomacy“ und war in hohen Funktionen für die Vereinten Nationen im Sekretariat des Hohen Kommissars für Menschenrechte tätig. Ralf Paulsen hat ihn zur gegenwärtigen politischen Lage, möglichen künftigen Szenarien sowie wünschenswerten Entwicklungen befragt.

Ralf Paulsen: *Die Gründung der UN erfolgte nach Ende des 2. Weltkriegs, wobei ihre Satzung das Kräfteverhältnis unter den Siegerstaaten der damaligen Zeit widerspiegelt: Ganze fünf (Weltkrieg II-Sieger-)Staaten bilden bis heute die fünf ständigen Mitglieder des 15 Staaten umfassenden UN-Sicherheitsrates. Internationale Organisationen sind künftig noch stärker gefragt, und eine Reorganisation der UNO scheint nach 75 Jahren ihres Bestehens überfällig: Wo sehen Sie die größten Mängel, beziehungsweise welche Reformen schlagen Sie vor?*

Alfred de Zayas: Eine Reorganisation der UNO und insbesondere des Sicherheitsrates ist überfällig. Eine UNO-Kommission studiert die Optionen seit mehr als zehn Jahren. Generalsekretär Kofi Annan hatte seinerzeit eine Erweiterung der Mitgliedschaft des Rates

von 15 auf 25 Staaten vorgeschlagen, um eine bessere Beteiligung aller Regionen und Länder zu erwirken und Staaten wie Indien, Indonesien, Südafrika, Brasilien, Mexiko sowie auch Japan und Deutschland mehr Einfluss und Repräsentanz zu verschaffen. In meinem Bericht an die Generalversammlung aus dem Jahr 2013 habe ich eine Reihe konstruktive Reformvorschläge⁵ eingebracht und unter anderem ausgeführt:

Im Jahr 2013 veröffentlichte die *Universität der Vereinten Nationen* ein Buch von Joseph Schwartzberg mit dem Titel „*Transforming the United Nations System: Designs for a Workable World*“. Das Buch erörtert die Notwendigkeit einer Wahlreform in der Generalversammlung, die Möglichkeit eines gewichteten Wahlsystems, Vorschläge für eine vom Volk gewählte *Weltparlamentarische Versammlung* aus Vertretern der Zivilgesellschaft, Optionen für die Reform des Sicherheitsrates, wie die Erhöhung seiner Mitgliederzahl samt Abschaffung des Veto sowie eine Umwandlung des Wirtschafts- und Sozialrates in eine neue Struktur regionaler Versammlungen, ein gestärkter Menschenrechtsrat, die Koordinierung von Sonderorganisationen, Fonds und Kommissionen des Systems der Vereinten Nationen und weiter eine verstärkte Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen und anderen nichtstaatlichen Akteuren.

Ralf Paulsen: *Was muss bei diesen Reformbestrebungen im Auge behalten werden?*

Alfred de Zayas: Die Priorität für die Vereinten Nationen und für die Welt ist der Frieden – darum muss der Frieden als Menschenrecht anerkannt werden¹. Bereits im November 1984 verabschiedeten die Vereinten Nationen eine Resolution zum Recht aller Völker, in Frieden zu leben: Res. 39/11², aber sie ist seither nicht weitergekommen: Seit dem Zweiten Weltkrieg haben sich hunderte neue Kriege ereignet. Die UNESCO hat eine Deklaration über die Kultur des Friedens³ verabschiedet und ebenso das „Konsultativ Komitee des Menschenrechtsrats“ im Jahre 2014. Jedoch ist die letzte Resolution des Menschenrechtsrates zum Recht auf Frieden schwächer als die alte Resolution 39/11. Eine der wichtigsten Ursachen der Kriege ist die illegitime Verweigerung der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes. Die Vereinten Nationen hätten konsequent sicherzustellen, dass Mechanismen entwickelt werden, um Referenda durchzusetzen, bevor Selbstbestimmungs-Streitigkeiten in lokale, regionale oder internationale Kriege umschlagen. Man muss endlich akzeptieren, wie im Absatz 80 des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs zum Kosovo ausgeführt, dass das Prinzip der territorialen Integrität die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker nicht aushebeln kann⁴. Tatsächlich stellt die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, wie im Artikel I des UNO Paktes zu den bürgerlichen und politischen Rechten stipuliert, eine eminent friedensfördernde Konfliktvermeidungsstrategie dar.

Ralf Paulsen: *Sollten überfällige Reformschritte der UNO unrealisierbar bleiben, könnte dies gegebenenfalls zu Gründungen von Parallelorganisationen führen?*

Alfred de Zayas: Leider ja, und bereits jetzt sind die Geschicke der Welt zu sehr vom Weltwirtschaftsforum und anderen Globalisten beeinflusst. Besser und demokratischer wäre eine „Weltparlamentarischen Versammlung“. In meinem Bericht aus dem Jahr 2013 an die Generalversammlung⁵ führte ich aus:

Unter anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen ist besonders die Einführung einer *Weltparlamentarischen Versammlung*⁶ beziehungsweise einer *Parlamentarischen Versammlung der Vereinten Nationen* eine Überlegung wert. Der frühere Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali erklärte: „*Eineparlamentarische Versammlung der Vereinten Nationen* - ein globales Gremium gewählter Vertreter - könnte unsere Institutionen globaler

Regierungsführung mit beispielloser demokratischer Legitimität, Transparenz und Rechenschaftspflicht ausfüllen.“⁷

Das erklärte Ziel wäre es, Demokratie-Defizite zu beseitigen, indem der globalen öffentlichen Meinung mit all ihren Bürgern bei globalen Entscheidungen durch gewählte Amtsträger eine Stimme verliehen würde. Eine solche Versammlung könnte entweder durch eine Abstimmung der Generalversammlung gemäß Artikel 22 der UN-Charta oder auf der Grundlage eines neuen internationalen Vertrags zwischen den Regierungen eingerichtet werden, flankiert von einem Abkommen, das sie mit den Vereinten Nationen verbindet. Keiner der Mechanismen erfordert eine Änderung oder Reform der UN-Charta. Beiträge von Bürgern mit ihrer Beteiligung an einer *unabhängigen Weltversammlung* oder *parlamentarischen Versammlung der Vereinten Nationen* in beratender Funktion, die sowohl Menschen als auch Staaten vertreten, würden globalen Entscheidungen erhöhte Legitimität verschaffen.

Ralf Paulsen: *Die Arbeiten des Politikwissenschaftler Arjun Chowdhury ergaben, dass zwei Drittel der Staaten dieser Welt ohne internationale Hilfe nicht in der Lage wären, ihre Grundversorgung sicherzustellen beziehungsweise ihrer Übernahme oder Auflösung entgegenzuwirken. Wie ließen sich die potentiellen Konfliktpotentiale jener Verhältnisse am besten entschärfen oder kontrollieren?*

Alfred de Zayas: Internationale Hilfe bedeutet nicht Almosen. Es geht darum, Entwicklungsländern zu helfen, sich selbst zu ernähren. Bisher haben der Internationale Währungsfonds und die Weltbank weitestgehend versagt.⁸ Prävention von Konflikten ist die dringlichste Aufgabe der Vereinten Nationen. Sonderkommissionen und Komitees gibt es genug. Was fehlt, ist der politische Wille der reichen Staaten. Natürlich kann unser Planet Erde alle Menschen ernähren, doch es gilt, die richtigen Prioritäten setzen. Die Welt verschwendet Milliarden an kriegerischen Auseinandersetzungen, im Rüstungswettlauf und bei der Herstellung noch tödlicherer Waffen. In den Vereinigten Staaten werden ein großer Teil des Haushalts für militärische Ausgaben verschwendet. Das muss ein Ende haben. Unser Mantra sollte heißen: *Abrüstung zur Entwicklung*. Es gibt sehr wohl ein Menschenrecht auf Entwicklung – wie nach Artikel 1 der UNO Charta sowie in der UNO Erklärung zum Recht auf Entwicklung. Nun gilt es, die SDG - *Sustainable Development Goals*, zu Deutsch „*Nachhaltige Entwicklungsziele*“ – bis 2030 zu erreichen. Dies ist durchaus möglich, wird jedoch konsequente Arbeit erfordern.

Ralf Paulsen: *Wäre ein Sicherheitsrat globaler Allianzen mit untereinander ausgewogeneren Machtverhältnissen eine geeignete Alternative, um vorhandene Blockaden zu durchbrechen?*

Alfred de Zayas: Ich sehe das skeptisch. Jedenfalls sollte man China und Indien stärker einbinden. Es handelt sich um 2,7 Milliarden Menschen, die man nicht ignorieren kann. Beide Staaten sind verstärkt in Maßnahmen zur Friedenssicherung einzubeziehen. Friedenssicherung durch die Vereinigten Staaten und die NATO hat nicht funktioniert. Dazu haben die Vereinigten Staaten das größte Verbrechen gegen den Frieden seit den Nürnberger Prozessen begangen, nämlich die Invasion des Iraks im Jahr 2003, die Kofi Annan als „*illegalen Krieg*“ brandmarkte. Schlimmer noch – die USA hatten das System derart korrumpiert, dass eine „*Koalition der Willigen*“ von insgesamt 43 Staaten entstand, die in diese Revolte gegen die UNO-Charta und das Völkerrecht teilnahmen. Dies sind alles UNO-Mitgliedsstaaten, die an die UNO-Charta, insbesondere Art. 2(4) gebunden sind. Eine groteske Verletzung des Völkerrechts und ein Megaverbrechen gegen den Frieden.

Ich möchte die Kompetenzen des UNO-Generalsekretärs erweitert sehen, sodass er über ein Initiativrecht verfügen würde und zum Beispiel juristische Fragen direkt an den Internationalen Gerichtshof zur Begutachtung weiterleiten könnte. Es gibt viele Mechanismen in der UNO, die viel zu wenig ausgenutzt werden. Die UNO könnte viel proaktiver auftreten - vielleicht geschieht dies in der Zeit der gegenwärtigen US-Administration.

Ralf Paulsen:*Die asiatischen Staaten stehen innerhalb der Weltbank und dem IWF nur im zweiten Glied, doch bestimmen das Weltwirtschaftswachstum maßgeblich: Sehen Sie auch Reformbedarf bei diesen internationalen Organisationen, deren Statuten das Gründungsjahr 1945 – genau wie der UNO – ebenfalls noch stark noch anzuhaften scheint?*

Alfred de Zayas: Die Bretton Woods-Institutionen müssten reformiert oder abgeschafft werden. In Prinzip dienen sie vor allem den Interessen der Vereinigten Staaten, aber nicht der Weltgemeinschaft. Man kann andere multilaterale Vereinbarungen treffen. Leider handeln die Weltbank wie auch der IWF zu oft nur gegen die UN-Charta. Die Politik der sogenannten „Sparmaßnahmen“ im Sozialbereich wären endgültig einzustellen. Allerdings müsste „Sparen“ in den militärischen Bereich Einzug halten: Das hieße kein Wettrüsten, keine „Regime-Putsche“, wie zum Beispiel in der Ukraine 2014 oder in Bolivien 2019 und keine Kriege mehr. Zusätzlich wären die Bedingungen der Kreditvergaben durch den IWF radikalen Reformen zu unterwerfen⁹.

Ralf Paulsen: *Die globalen Verhältnisse heute spiegeln extreme Disparitäten wider. Die Agenda 21 – ein Aktionsplan der UN aus dem Jahr 1992 - sollte den drohenden Verwerfungen entgegenwirken. Was konnte bisher erreicht werden? Was ist mit dem Plan schiefgelaufen? Wo sehen Sie die heutigen Prioritäten und den wichtigsten Handlungsbedarf?*

Alfred de Zayas: Die Agenda 21 war eine noble Idee. Sie entstand zur Zeit der Euphorie um Francis Fukuyamas Idee vom „Ende der Geschichte“ und nach der Implosion der Sowjetunion. Doch die Probleme bestehen weiter und sind noch viel größer geworden. Die Entwaldung, wie wir sie aus Studien des WWF kennen, schreitet in Brasilien, Afrika und Asien stetig voran. Biden lässt die USA wieder an der Pariser Klimavereinbarung teilnehmen, und vielleicht werden die Klimawandel- und Biodiversität-Konventionen gestärkt werden. Ferner muss man die bestehenden Mechanismen des *UN-Umweltprogramms* (UNEP) noch besser durchfinanzieren. Doch leider werden zu viele Mittel mit Wettrüsten und Kriegen verschwendet. Dazu existiert mein Bericht an den Menschenrechtsrat aus dem Jahr 2014¹⁰.

Ralf Paulsen: *In dem Report „Die Krisen der Demokratie - über die Regierbarkeit von Demokratien“ an die Trilaterale Kommission (Quelle: Crozier, Michel/Huntington, Samuel P./Watanuki, Joji: The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission. New York: New York University Press 1975) stellen die drei Autoren fest, dass der demokratische Prozess in den USA nicht von externen Faktoren..., vielmehr jedoch von der „internen Dynamik der Demokratie selbst, durch eine hochgebildete, mobile teilhabende Gesellschaft“, bedroht wäre. Stellt jene Empfehlung aus dem Jahr 1975 an die Auftraggeber besagten Reports den Startschuss beziehungsweise die schriftliche Kampfansage transnationaler Kreise an die lästige Konkurrenz „Mittelstand“ als die tragende Säule einer erfolgreichen Industriegesellschaft dar?*

Alfred de Zayas: Wir kennen keine Demokratie in den Vereinigten Staaten – es ist eine leere Schale, eine Etikette, eine Farce. Eine *Semi-Demokratie* genießen wir in der Schweiz, wo wir Schweizer Bürger Initiativrecht besitzen und neue Gesetzgebungen vorschlagen können. In der Schweiz üben wir das Referendum-Recht kontinuierlich aus. In den Vereinigten Staaten

regieren Lobbyismus, der militärisch-industrielle Komplex und natürlich auch Wall Street. Zwar besteht die Möglichkeit, alle zwei oder vier Jahre zur Urne zu schreiten, aber das Wahlrecht ist nicht demokratisch – es ist keine echte Wahl, nur eine zwischen Pest und Cholera. Ein progressiver Kandidat hat absolut keine Chance – wie zum Beispiel Kongressfrau Tulsi Gabbard, die von der Presse fertig gemacht wurde. Die Wahlen in den USA gleichen Sportveranstaltungen, um auf die Mannschaft A oder B zu setzen. Zugleich versagt jene *“Repräsentative Demokratie”*, weil ihre Repräsentanten nicht die Bürger, sondern nur Lobbys vertreten. Der Mittelstand bleibt mehr oder weniger machtlos. Dazu kommt eine Lügen- und Lückenpresse, die die Massen einer täglichen Manipulation und Indoktrination unterzieht.

Ralf Paulsen: *In den Jahrzehnten nach jener Kampfansage aus dem Jahr 1975, wurde das Wachstum der Mittelklasse in den westlichen Staaten tatsächlich umgedreht. Die gegenwärtigen „Lockdown“ scheinen einmal mehr auf den Mittelstand zu zielen. Wem nützt dieser Trend?*

Alfred de Zayas: Den transnationalen Großkonzernen – sie wachsen und bedienen sich. Es war unverfroren, wie Banken, die in den Jahren 2007 und 2008 die große Wirtschaftskrise verursachten, gerettet wurden, anstatt die verantwortlichen *„Banksters“* vor Gericht zu stellen.

Ralf Paulsen: *Vor den heißen Kriegen kommt es vielfach zu sogenannten „Sanktionen“ – wie sehen Sie dieses Instrument eines Krieges mit anderen Mitteln?*

Alfred de Zayas: Für mich zählen Sanktionen zu den Methoden Nicht-zielgerichteter-Waffen, die wahllos töten und als *„kollektive Bestrafung“* gelten - beides ist nach Völkerrecht beziehungsweise internationalem humanitären Recht verboten. Die Wirtschaftssanktionen, die von den USA gegen Kuba, Venezuela, Syrien und den Iran verhängt worden sind, stellen Verletzungen gegen die UN-Menschenrechtsabkommen und Genfer Konventionen durch die USA dar. Sie verletzen das Recht auf Leben unter den Ärmsten der Armen und haben abertausenden Opfern das Leben gekostet, wie beispielsweise 40.000 Tote allein in Venezuela im Jahr 2018 zeigen¹⁰ - die Opfer der nachfolgenden Jahre noch gar nicht eingerechnet. Solche Sanktionen fallen unter den Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit unter Verletzung von Artikel 7 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs. Sie können auch als *„Staatsterrorismus“* bezeichnet werden, der unzähliges Leid und Willkür über die Menschen bringt.

Was *Interventionen* anlangt, habe ich in zahlreichen meiner Berichte an die UN-Generalversammlung und den Menschenrechtsrat klar festgestellt: *Die verbrecherische Doktrin R2P – Pflicht zum Eingreifen – gemäß „Orwell’schem Neusprech“ ist ein reiner Schwindel, um das Gewaltverbot nach Artikel 2(4) der UN-Charta auszuhebeln. Doch sie stellt lediglich eine Resolution (Res. 60/1) aus dem Jahr 2015 dar, welche das ius cogens – das zwingende Recht – des übergeordneten Gewaltverbots nach der UN-Charta nicht zu schwächen vermag.*

Eine Intervention ohne Genehmigung des Sicherheitsrates, wie zum Beispiel im Jugoslawien-Konflikt 1999, Irak 2003 oder in Bergkarabach durch Aserbaidschan mit der Türkei im Jahr 2020, stellt darüber hinaus das Verbrechen der Aggression nach dem Statut von Rom dar, welches unter die Jurisdiktion des Internationaler Strafgerichtshof in Den Haag fällt, der Untersuchungen eröffnen und einen ordentlichen Prozess mit Verurteilungen anstrengen kann.

Ralf Paulsen: *Die Weltbevölkerung wächst, wie auch die immensen Herausforderungen aufgrund wachsender globaler Probleme. Welche Rolle beziehungsweise welchen Beitrag zur Lösung erwarten Sie von den Weltreligionen?*

Alfred de Zayas: Die Weltreligionen tragen eine Mitverantwortung für die Misere, die wir erleben. Religion ist nicht nur Ritus - nicht nur der Glaube an Jehova, Christus oder Allah. Religion bedeutet Verpflichtung, bedeutet nicht nur Anbetung, sondern auch pro-aktive Nächstenliebe. Ich selbst bin Katholik und bedauere, dass die katholische Kirche zu wenig unternommen hat, um den „Desaster-Kapitalismus“ - nach Naomi Klein - stärker zu bekämpfen und als total inkompatibel mit dem Neuen Testament zu erklären. Ich mache mir große Sorgen über die Radikalisierung des Islams, eine Religion, die sehr reformbedürftig scheint. Es gibt natürlich gute Priester, Bischöfe und Päpste. Es gibt gute protestantische Pastoren, Rabbiner und gute Imame, aber ich glaube nicht, dass die Mehrheit ihrer Verantwortung gerecht wird. Ich habe Sorge, dass die Religionen noch einmal dazu missbraucht werden könnten, nicht den Frieden zu fördern, sondern zu Kreuzzügen oder Jihads gegen Andersgläubige anzustiften.

Ralf Paulsen: *Sind die Weltreligionen noch ausreichend eingebunden, oder werden sie von säkularen und übermächtigen politischen Kräften aus dem Geschehen immer weiter hinausgedrängt?*

Alfred de Zayas: Die Weltreligionen sind längst hinausgedrängt worden. Tatsächlich gibt es eine neue „Säkular-Religion“ bzw. „Ersatz-Religion“, und die heißt „Menschenrechte“. Derartige Menschenrechte werden dogmatisch missbraucht. Ich habe in meinen Berichten an die Generalversammlung und an den Menschenrechtsrat oft von den „zur Waffe gemachten Menschenrechten“ gesprochen und konnte es belegen. Der Gedanke an die „Menschenwürde“ – die Quelle aller Menschenrechte - scheint verloren gegangen zu sein. Man sieht, wie Menschenrechte selektiv eingesetzt werden: einmal so - einmal anders. Man sieht, wie menschenverachtende Handlungen, die von unseren „Verbündeten“ begangen werden, ignoriert oder toleriert werden, und nur die Menschenrechtsverletzungen unserer „Feinde“ beziehungsweise unserer geopolitischen Herausforderer angeprangert werden. Ich nenne das „Menschenrechte à la carte“. Überall ist zu beobachten, wie gewisse Menschenrechte missbraucht werden, um wichtigere Menschenrechte zu marginalisieren oder abzuschaffen. Im Westen gilt vor allem das Recht auf Privateigentum. Man kümmert sich herzlich wenig um das Recht auf Nahrung, Wasser oder Unterkunft. Es gibt auch die Zeitgeist-Menschenrechte, die enorme Popularität genießen. Ich empfinde das ähnlich einem „Zeitgeist-Geschmack“, wie zum Beispiel die *neuen LGBT-Rechte*. Warum so etwas – sind wir nicht alle gleich? Haben wir nicht alle dieselben Rechte, oder will man Spezialrechte beziehungsweise Privilegien schaffen? Alle, die nicht vorbehaltlos mitgehen, werden sofort in die Ecke gestellt. Was ist vom Recht auf die Meinungsfreiheit heute geblieben? Müssen wir alle eine Einheitsmeinung vertreten, um bei Zuwiderhandlung soziale Diskriminierung beziehungsweise soziale Ausgrenzung zu erleiden?

Ralf Paulsen: *Noch vor der Epoche der großen Säkularisierung unterstellte Jean-Jack Rousseau dem Christentum, mit seinem Autoritätsanspruch und seiner Jenseitsbezogenheit die staatliche Geschlossenheit zu untergraben. In seinem Werk „Der Gesellschaftsvertrag (1760)“ mahnte Rousseau eine `staatlich republikanische Religion` - eine `Zivilreligion` - an, um vermeintlicher staatlicher Schwäche entgegenzuwirken. Haben überstark säkular-industrielle Entwicklungen seither gegebenenfalls zu der umgekehrten Problemlage geführt?*

Alfred de Zayas: Genau - Christentum ist die Bergpredigt (Matthäus V, 1-9). Christentum sind die sieben Werke der Barmherzigkeit (Matthäus XXV, 36-37). Rousseaus "sozialer Kontrakt" beruht auf einer gewissen Idealisierung des Menschen, aber man erkennt durchaus eine Moral und Ethik. Rousseau glaubte an die Menschenwürde, an das Gute im Menschen. Heute zollt man der Menschenwürde Lippenbekenntnisse - mehr aber nicht. Es ist schockierend, wie aus guten Ideen und Beweggründen schreckliche Dystopien geworden sind. Man denke an "La Terreur" (Schreckensherrschaft unter der französischen Revolution) unter dem *Comité de Salut Public* (dem Wohlfahrtsausschuss) oder den "Tugend-Meister" *Maximilien François Marie Isidore de Robespierre*. Man denke an Pol Pot in Kambodscha. Fanatiker wird es leider immer wieder geben.

Ralf Paulsen: *Im Jahr 2011 wies eine wissenschaftliche Studie der ETH Zürich nach: 147 supervernetzte transnationale Konzerne kontrollieren mehr als 40 Prozent der Weltwirtschaft. Versucht diese Minderheit transnationaler Monopolisten eine ähnliche Kontrolle auch über die Politik zu erlangen?*

Alfred de Zayas: ...

LESEN SIE MORGEN DEN ZWEITEN TEIL DES GROSSEN INTERVIEWS MIT ALFRED DE ZAYAS:

- *Welches "System" Alfred de Zayas als Experte des UN-Menschenrechtsrats aufgedeckt hat*
- *Wen er als "Feinde der Menschheit" bezeichnet*
- *Was er Klaus Schwab vorwirft*

[1] Alfred de Zayas "Peace" in William Schabas (ed.) *Cambridge Companion to International Criminal Law*, Cambridge, 2016, S. 97-116.

2 digitallibrary.un.org/record/74608?ln=en

3 unitingforpeace.com/unesco-declaration-on-a-culture-of-peace/

4 A de Zayas, Bericht an die Generalversammlung 2014, A/69/272, undocs.org/A/69/272, www.icj-cij.org/en/case/141

⁵ undocs.org/A/68/284 paras 15 et seq.

⁶ Siehe Joseph Schwartzberg, *Creating a World Parliamentary Assembly* (Committee for a Democratic United Nations, Berlin, 2012); Richard Falk and Andrew Strauss, "Toward Global Parliament", *Foreign Affairs* (Jan/Feb 2001). See ssrn.com/abstract=1130417.

⁷ Siehe [www.opendemocracy.net] undocs.org/A/HRC/36/40, siehe meinen 2017er-Bericht an den Menschenrechtsrat; siehe auch meinen Bericht über den IMW an die Generalversammlung [undocs.org] undocs.org/A/72/187

¹⁰ Jeffrey Sachs/Mark Weisbrot, "Collective Punishment" cepr.net/report/economic-sanctions-as-collective-punishment-the-case-of-venezuela/

¹¹ undocs.org/A/HRC/27/51

Teil 2:

Völkerrechtler: Der Great Reset ist ein grosser Schwindel - das Weltwirtschaftsforum gehört aufgelöst

27.05.2022 11:19

Lesen Sie heute den zweiten Teil des Interviews, das DWN-Autor Ralf Paulsen mit Alfred de Zayas, dem ehemaligen Sekretär der UN-Menschenrechtskommission, geführt hat.

[Ralf Paulsen](#)

Ralf Paulsen: *Im Jahr 2011 wies eine wissenschaftliche Studie der ETH Zürich nach: 147 supervernetzte transnationale Konzerne kontrollieren mehr als 40 Prozent der Weltwirtschaft. Versucht diese Minderheit transnationaler Monopolisten eine ähnliche Kontrolle auch über die Politik zu erlangen?*

Alfred de Zayas: Das tun sie schon lange und mit Erfolg. Unglaublich wie sie gegen die Sozialpolitik vieler Staaten vorgehen. Ich habe die infamen "Freihandelsverträge" und die Kapitel zum Schutz der Investoren in zwei Berichten an den Menschenrechtsrat und an die Generalversammlung analysiert und horrende Fälle aufzeigen können. Die sogenannten *Investor-State-Dispute-Settlement Arbitrations – Schiedsverfahren zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten* – verstoßen *contra bonos mores* - gegen alle guten Sitten - und sind eine Aberration. Diese Schiedsgerichtsbarkeit hat viele Staaten davon abgehalten, die Mindestlöhne zu erhöhen, oder umweltgefährdende Industriebetriebe, beispielsweise gewisse Minen, zu schließen¹².

Ralf Paulsen: *Das Wissenschaftsmagazin `New Scientist` bezeichnete jene globalen Kartellstrukturen als `kapitalistisches Netzwerk`. Es fällt schwer, von einer Sache zu sprechen, die bisher nur verwaschene Namen trägt. Hätten Sie für jene globalen Weltenherrscher gegebenenfalls eine bessere Bezeichnung anzubieten?*

Alfred de Zayas: Naomi Klein spricht in ihrem Buch `The Shock Doctrine` von `Desaster Kapitalismus`. Ich würde dafür Begriffe wie *Finanzmafia* oder Geier des Kapitals verwenden.

Sie verhalten sich ganz wie *Gangster, Gauner oder Halsabscheider*. Man müsste gegen sie eine Anti-Kartell-Strafgesetzgebung zur Anwendung bringen, denn sie betreiben Machenschaften und Betrug, die gegen das Wohl des Volkes gerichtet sind. Ihr neuester Schwindel heißt `Great Reset` – `Die große Wende`: Ein Anschlag epischen Ausmaßes.

Ralf Paulsen: *Mit welchen Steuerungselementen müssen sich jene Globalisten auf Grund ihrer geringen Zahl bzw. `Personalknappheit` im Verhältnis zur Weltbevölkerung behelfen?*

Alfred de Zayas: Die Anzahl der Akteure ist in der Tat begrenzt, aber sie haben ihre *'Secret Societies'*, de facto Geheimgesellschaften beziehungsweise auch nicht so geheime Zirkel. Die nach außen sichtbaren Organisationen heißen *World Economic Forum, Atlantic Council, Council on Foreign Relations, Club of Rome, "World Government Summit", Trilateral Commission* und natürlich die *Bilderberger*. Hinzu kommen noch *'Stiftungen'*, wie zum Beispiel die *Bertelsmann Stiftung* in Deutschland, der *German Marshall Fund of the United States*, das *Aspen Institute*, die *Heritage Foundation* oder das *American Enterprise Institute* in den USA und andere.

Ralf Paulsen: *Werden die verbliebenen sechs US-Medienkartelle sowie die drei (letzten) maßgeblichen Presseagenturen von staatlichen oder überstaatlichen Kreisen kontrolliert?*

Alfred de Zayas: Die Medienkartelle sind Orwell'sche Konstruktionen, Feinde der Meinungsfreiheit, Feinde des Pluralismus, Feinde der Menschenwürde. Sie manipulieren uns alle. Man kann sich ihrer kaum entziehen, denn auch das Internet wird kontrolliert und zensiert, wie der Umgang mit *'Suchmaschinen'* von beispielsweise Google, Bing oder Ecosia schnell zeigt: Politisch-korrekte Ergebnisse werden vorrangig präsentiert. Es bedarf großer Hartnäckigkeit, um gegebenenfalls die gesuchten Informationen auf den hinteren Seiten mit Glück zu finden. Die Algorithmen bilden die Waffen der Kuratoren des Internets, um Informationen hinter Datenmüll unverfänglich zu verstecken.

Ralf Paulsen: *Sehen Sie Interessenskonflikte in dem Umstand, dass 193+2 UN-Mitgliedsstaaten es zulassen, Teile ihrer Organisation von transnationalen Finanzquellen alimentieren zu lassen?*

Alfred de Zayas: Die Vereinten Nationen brauchen Geld: Es ist sehr schade, dass *CERN – das European Council for Nuclear Research* - nach ihrer Entwicklung des World-Wide-Webs, die enormen Einnahmemöglichkeiten aus dieser Quelle der Welt nicht gratis gestiftet hat. Hätte jeder Verwender des Internets nur einen Cent für die UNO abgeben müssen, wäre die Finanzierung der UNO über Jahrzehnte hinaus gesichert gewesen, und es hätte nicht anderer fragwürdiger Querfinanzierungen bedurft.

Ralf Paulsen: *Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die politischen und monopolistischen Ambitionen transnationaler Gruppierungen wirksam einzugrenzen und zurückzudrängen?*

Alfred de Zayas: Man müsste bei der Ausbildung anfangen. Während den drei Jahren meines Jura-Studiums in Harvard habe ich das Wort *'Ethik'* niemals vernommen. Man wird konditioniert, Geld zu verdienen und alle Mittel einzusetzen, um immer Gewinner zu sein: *'The Winner takes it all' – 'Der Sieger nimmt alles'* - das ist die Mentalität der meisten Anwälte und Wallstreet-Vertreter. Keiner sieht sich als Mitglied einer Gesellschaft. Es geht um *'Individualismus'* – das sogenannte *'adversary system'* – das *'kontradiktorische System'* nach anglikanischem *Gewohnheitsrecht* im *Common Law*. Nicht einmal die meisten Richter scheinen sich für die Idee der *"Justiz"* begeistern zu lassen. Es geht um den reinen *"Positivismus"*, und die ungerechten Gesetze so anzuwenden, dass der *status quo* erhalten bleibt.

Natürlich könnten Antikartell-Strafgesetze gegen Monopole dem Wirtschaftsverbrechertum gewisse Grenzen setzen. Neben Geldstrafen, sollten jedoch auch den Führungsorganen wie Vorständen im Fall einer Verurteilung Gefängnis drohen. Das würden sie sich gut merken.

Ralf Paulsen: *Was verstehen Sie unter der neuen Formel „The Great Reset“?*

Alfred de Zayas: Ein großer Schwindel, um sicherzustellen, dass die Reichen reicher und die Armen ärmer werden. Wir brauchen keine Wirtschaftsordnung von oben nach unten, die nur den Vorstellungen selbsternannter Eliten entspricht. Das Weltwirtschaftsforum (WEF) gehörte aufgelöst. Diesem wäre das von unten nach oben organisierte Weltsozialforum vorzuziehen, welches mit den entsprechenden Mitteln auszustatten wäre. Es gilt, gegenüber Korruption aufgrund bekannter menschlicher Schwäche und Natur wachsam zu bleiben sowie der Unterminierung der Menschenrechte und wirtschaftlichen Ausbeutung mit Kreativität entgegenzuwirken.

Ralf Paulsen: *Herr Schwab vom WEF meinte: „Jetzt ist der historische Augenblick gekommen, nicht nur ums Überleben des Systems, sondern um seine Umgestaltung zu kämpfen: Für die Post-Corona-Ära. Was könnte Herr Schwab gegebenenfalls unter „System“ verstanden haben?“*

Alfred de Zayas: Jetzt ist tatsächlich die Gelegenheit, die Weltwirtschaft menschenfreundlicher zu gestalten, die Prioritäten zu ändern und auf das Recht auf Bildung, Gesundheit und bessere Arbeitsbedingungen, sowie auf die Menschenrechte zu setzen. Dazu hat es schöne Worte und Lippenbekenntnisse im WEF gegeben. Aber ich bezweifle, dass Klaus Schwab tatsächlich ein System will, das es für die Eliten schwerer macht, alles an sich zu raffen. Ein System von Gesetzen, welches das Wohl des Volkes anstrebt, die Menschen über den Profit stellt, Steuer-Paradiese abschafft und Spekulation begrenzen wollte - das möchte ich sehen!

Ralf Paulsen: *Wer hat das existierende „System“ geschaffen und weltweit betrieben beziehungsweise zeichnete bisher dafür verantwortlich?*

Alfred de Zayas: Es sind die Banken und der militärisch-industrielle Komplex sowie transnationale Geschäftsstrukturen, im Verbund mit den Consulting - und Buchprüfungsfirmen, wie zum Beispiel *Price Waterhouse Cooper, Deloitte, Ernst & Young* sowie *KPMG*. Meine Berichte an die Generalversammlung und an den Menschenrechtsrat untersuchten die Rolle der großen Rechtsanwaltskanzleien, die zusammen mit Banken im Auftrag von Großkonzernen, wie beispielsweise Google oder Apple, ausgeklügelte juristische Konstrukte schufen, die der Gesellschaft schaden und diese betrügen.

In meinem Bericht aus dem Jahr 2016 an die Generalversammlung A/71/286⁵ schlug ich zum Thema Steuer- und Militärausgaben unter anderem folgende Maßnahmen vor: *Ein Gesetzesentwurf im Vereinigten Königreich zielt darauf ab, das Recht des Einzelnen anzuerkennen, aus moralischen Gründen aus dem Krieg auszusteigen und keine Steuern für den Krieg zu zahlen, da er durch Steuern das finanzieren würde, was er für unmoralisch hält. Wenn die Regierungen dieses Recht anerkennen und die Steuern von Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen für Maßnahmen zur Konfliktverhütung verwenden würden, wäre dies ein bedeutender Schritt für die Zivilisation.*¹³

Steuerungsumgehung, Steuerhinterziehung und Steueroasen berauben die Länder der Einnahmen, die zur Erfüllung der Verpflichtungen aus Menschenrechtsverträgen, zur Armutsbekämpfung, zur Verbesserung der Rechtspflege, zur Gewährleistung von Rechtshilfen für Opfer von Menschenrechtsverletzungen, zum Aufbau von Infrastrukturen, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen erforderlich sind samt soziale Sicherheit, hochwertige Gesundheitsdienste und kostenlose Bildung.

Dazu bemerkte Dwight D. Eisenhower treffend¹³: „Jede Waffe, die hergestellt wird, jedes Kriegsschiff, jede abgefeuerte Rakete bedeutet letzten Endes einen Diebstahl an all jenen, die hungern und nicht versorgt werden, denen kalt ist und keine Bekleidung zur Verfügung steht. Diese Welt in Waffen verbraucht nicht nur Geld. Sie verbraucht auch den Schweiß seiner Arbeiter, das Genie seiner Wissenschaftler und die Hoffnungen seiner Kinder.“

Ralf Paulsen: *Der Exekutivdirektor des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP), David M. Beasley, hat vor der schlimmsten humanitären Krise seit 75 Jahren gewarnt, mit der die Welt 2021 konfrontiert werden könnte: Aufgrund militärischer Konflikte befänden sich schon 135 Millionen Menschen am Rande des Hungertodes – doch wegen Covid-19 würde sich die Zahl der Opfer auf 270 Millionen verdoppeln. Rechtfertigt diese 'goldene Gelegenheit' (Prince Charles) oder 'große Chance' (K. Geogiewa - Vorsitzende IWF), den sogenannten Great Reset durchzusetzen, 135 Millionen Hungertote?*

Alfred de Zayas: Sie rechtfertigt es nicht, den Great Reset durchzusetzen – aber sie rechtfertigt einen neuen *Gesellschaftsvertrag*, wie ich in einem Artikel für das *South-Centre*¹⁴ jüngst schrieb:

Die Welt nach *Covid* erfordert einen neuen Gesellschaftsvertrag. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen sollte eine Weltkonferenz einberufen, die auf Multilateralismus und internationaler Solidarität beruht. Dies brächte einen Paradigmenwechsel für die vorherrschenden Wirtschafts-, Handels- und Sozialmodelle mit sich. Die Regierungen tragen die Verantwortung für nicht ausgewogene Mittelzuweisungen, wenn Militärausgaben stets Vorrang vor Investitionen in Gesundheit, Bildung und personenbezogene Infrastrukturen haben. Ein neues funktionales Paradigma für Menschenrechte sollte bisherige Verwerfungen adressieren und neue Kategorien von Ermächtigungsrechten, inhärenten Rechten, Verfahrensrechten und Endrechten in Kraft setzen, um die Menschenwürde und Entwicklung für alle zu gewährleisten.¹⁵

Ralf Paulsen: *Wäre es sinnvoll, zur weltweiten Armutsbekämpfung auch eine nachhaltige Industrialisierung bisher vernachlässigter Regionen, die sich vor allem im Inneren der Kontinente befinden, gemäß der Seidenstraße-Initiative gemeinsam mit China voranzutreiben?*

Alfred de Zayas: Ich halte dies durchaus für sinnvoll und nötig. Aber dafür bräuchte es geeignetere Meinungsführer bei den Massenmedien, doch diese stehen überwiegend auf Seiten der Ausbeuter.

Ralf Paulsen: *Stellen die staatlichen Eingriffe in das private und familiäre Leben im Zuge der Covid-19 Lockdowns, Verstöße gegen Artikel 8(2) Europäischen Menschenrechtskonvention (ECHR) dar?*

Alfred de Zayas: Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit muss stets gewahrt bleiben. Eingriffe in das private und familiäre Leben sind nur unter sehr bestimmten Bedingungen zulässig. Diese Bedingungen sind heute nicht gegeben. Darum entstehen Verletzungen nach Artikel 17 und 23 des UNO-Paktes zu den bürgerlichen und politischen Rechten, die auch einen Verstoß gegen Artikel 8(2) der ECHR darstellen.

Ralf Paulsen: *Höchststände staatlicher Verschuldung sowie die Dringlichkeit der anstehenden globalen Herausforderungen machen es empfehlenswert, die Ausgaben für den militärisch-industriellen Komplex zugunsten ziviler Entwicklungsprojekte weltweit drastisch*

zu senken beziehungsweise zu begrenzen. Welche Hürden stehen einer globalen Abrüstungsinitiative dabei im Wege?

Alfred de Zayas: Der militärisch-industrielle-finanzielle Komplex wird alles tun, um die Senkung der Militärausgaben zu verhindern. Das Verhalten von Rüstungsfirmen wie *Lockheed Martin* oder *Boeing* sollte unter den Rechtsbegriff 'hostis humani generis' fallen, welcher sich aus altem Seerecht herleitet und einst Piraten und Sklavenhalter zu 'Feinden der Menschheit' stempelte beziehungsweise zu Geächteten und Vogelfreien erklärte.

Mein Bericht aus dem Jahr 2014 an den UN-Menschenrechtsrat beinhaltet spezifische Vorschläge¹⁴ an die verschiedenen Zielgruppen, wie Staaten, Parlamente, Zivilgesellschaften und den UN-Menschenrechtsrat, um die Lage zu ändern. Meine Empfehlungen an die Staatengemeinschaft beinhalten unter anderem folgende Reformvorschläge:

Die Staaten sollten dem Menschenrechtsrat regelmäßig Auskunft über ihre Militärausgaben erteilen und diesen die Ausgaben für Bildung, Gesundheitsversorgung, Justizverwaltung, etc. gegenüberstellen. Die Staaten hätten sicherzustellen, dass ihre Angaben den Vorgaben des Menschenrechtsrates entsprechen und seinem regelmäßigen Überprüfungsmechanismus standhalten. Regierungen wären zu überzeugen, einen größeren Prozentsatz ihres Budgets für die Förderung der bürgerlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte aufzuwenden und konkrete Vorschläge für die Umstellung vom militärischen auf den zivilen Bereich zu unterbreiten. Die Militärausgaben von Staaten in Konfliktzonen und international umstrittenen Gebieten, die zu Besetzung, Kolonialisierung und Ausbeutung führten, wären ebenfalls einer regelmäßigen Überprüfung zu unterziehen.

Nachhaltige Lösungen in Bezug auf internationale Finanzkrisen wie auch dislozierte Volkswirtschaften folgen der Einsicht, dass überzogene Militärbudgets und Armeen sowie nukleare Arsenale nur Anachronismen darstellen. Die Zivilgesellschaft fordert Transparenz, Rechenschaftspflicht und vor allem das Recht auf wirksame Beteiligung an der Festlegung von Haushaltsprioritäten, die nicht in den Händen von Rüstungsunternehmen und deren Lobbyisten verbleiben dürfen.

Ralf Paulsen: Die Höhe der Rüstungsausgaben einzelner Staaten scheint weltweit allergrößten Verwerfungen zu unterliegen: Die diesbezüglichen Ausgaben der USA übersteigen die kumulierten Militärbudgets der in der Liste den USA nachfolgenden zehn nächsten Staaten. Welche Maßnahmenschlagen Sie vor, um globale Abrüstungsinitiativen langfristig wirksamer durchzusetzen?

Alfred de Zayas: Es wäre Aufgabe der Medien, dies den Bevölkerungen klarzumachen. Doch dies setzt voraus, dass die Massenmedien nicht dem militärisch-industriellen-finanziellen Komplex unterstünden. Eine Nicht-Regierungsorganisation wie das *International Peace Bureau* versuchte ihr Bestes, doch musste zum Beispiel ihr Büro in Genf mangels Geldes vor drei Jahren schließen. Die UNO könnte und sollte in dieser Hinsicht noch stärker proaktiv tätig werden.

Ralf Paulsen: Bedarf es dazu der Gründung möglicher neuer internationaler Gremien oder Organisationen? Falls ja, und unter Berücksichtigung nützlicher Lehren aus Ihren bisherigen Erfahrungen mit und innerhalb der UN, wie wären diese am besten zu organisieren?

Alfred de Zayas: Der Stärkung bestehender Mechanismen ist Vorzug einzuräumen. Dazu gilt es, die Vereinten Nationen besser zu finanzieren und die Abrüstungskonferenz in Genf zu

beleben. Keinesfalls darf man aufgeben - *gutta cavat lapidem, der stete Tropfen höhlt den Stein*. Es geht um die Vermittlung der rechten Informationen: Wenn die Bevölkerung wüsste, was wir wissen, würde sie andere Politiker wählen und eine andere Haushaltspolitik durchsetzen.

Ralf Paulsen: *Professor de Zayas – wir danken Ihnen für dieses Gespräch!*

¹² undocs.org/A/HRC/30/44

undocs.org/A/70/285

¹³ www.conscienceonline.org.uk/wp-content/uploads/2016/06/Taxes-for-Peace-Bill-2016.pdf

Siehe auch Human Rights Council resolution 26/9 sowie:

www.globalreporting.org/Pages/FR-CSX-2016.aspx

¹⁴ www.southcentre.int/southviews-no-197-22-may-2020/

¹⁵ undocs.org/A/HRC/27/51